

MCC-Pressemitteilung

Freiwilliger Klimaschutz wird durch Emissionshandel unterdrückt

Experimentell gestützte Studie von Axel Ockenfels, Peter Werner und Ottmar Edenhofer: Wenn man CO₂ durch eine Steuer direkt bepreist, gibt das Raum für moralisches Handeln.

30.06.2020 Berlin. Dass es sinnvoll ist, den Ausstoß des wichtigsten Treibhausgases CO₂ mit einem Preisschild zu versehen, ist unter Klimaökonom*innen weitgehend unstrittig – die Diskussion dreht sich vor allem darum, ob man das besser durch eine Steuer oder einen Emissionshandel realisiert. Argumente sind etwa der administrative Aufwand, die Signalwirkung für Investoren oder die politische Durchsetzbarkeit. Eine neue Studie auf Basis eines wissenschaftlich kontrollierten Experiments beleuchtet jetzt einen weiteren, bislang kaum erforschten Aspekt: die Anreizwirkung beider Varianten auf Akteure, die jenseits ihrer ökonomischen Interessen moralisch handeln wollen. Die Studie wurde erstellt von den Ökonomen Axel Ockenfels, Peter Werner und [Ottmar Edenhofer](#) und jetzt in der renommierten Fachzeitschrift *Nature Sustainability* veröffentlicht.

Ockenfels leitet das Exzellenzzentrum für Soziales und Ökonomisches Verhalten an der Universität zu Köln, Werner ist Associate Professor für Verhaltensökonomik an der Universität Maastricht, und Edenhofer ist Direktor des Berliner Klimaforschungsinstituts MCC (Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change) sowie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). An dem Experiment für die Studie haben rund 1000 Student*innen in Köln mitgewirkt. „Wir zeigen, dass die direkte CO₂-Bepreisung durch eine Steuer mit mehr moralischen Verhalten einhergeht als die indirekte Form des Emissionshandels“, erklärt MCC-Direktor Edenhofer. „Der Effekt ist beträchtlich, er könnte im politischen Ringen um eine möglichst effiziente Klimapolitik durchaus Gewicht bekommen.“

Um die beiden Varianten der CO₂-Bepreisung zu simulieren, wird in dem Experiment eine vereinfachte Welt von Produzent*innen und politischen Entscheidern gebaut. Im Kern läuft es so: Zehn Produzent*innen legen unabhängig voneinander fest, wie viel Euro ihnen der Ausstoß einer Tonne CO₂ maximal wert ist – wobei sich ihre Situation unterscheidet, denn der Ausstoß dieser Tonne CO₂ bringt dem ersten Produzent*innen 3 Euro Ertrag, dem zweiten 4 Euro und so weiter bis 12 Euro. Welche Produzent*innen zum Zuge kommen und tatsächlich emittieren, hängt von den Entscheidern ab. Sie geben im einen Teil des Experiments vor, wieviel Tonnen CO₂ insgesamt emittiert werden dürfen, und im anderen Teil, wie viel Euro der Ausstoß einer Tonne kosten soll. Am Ende wird den Produzent*innen der Ertrag minus Emissionskosten in echtem Geld ausgezahlt. Und jede nicht emittierte Tonne CO₂ wird auch in der realen Welt vermieden, über eine Umweltorganisation wird nämlich ein Zertifikat im EU-Emissionshandelssystem gekauft und stillgelegt.

MCC gemeinsam gegründet von:

Mit mehreren Abwandlungen dieses Experiments führt die Studie detailliert vor, welche Anreize wirken. Sobald die Konsequenz „echter CO₂-Ausstoß in der realen Welt“ bekannt ist, erlauben die Entscheider deutlich weniger Ausstoß, und die Produzenten engagieren sich auch weniger für eine solche Erlaubnis. Politisch bedeutsam ist das folgende, zentrale Ergebnis: Bei der Variante der direkten Bepreisung von CO₂ durch eine Steuer – also wenn die Entscheider einen Euro-Betrag pro Tonne CO₂ vorgeben und nicht die Anzahl der erlaubten Tonnen –, dann emittieren die Produzenten deutlich weniger.

„Insgesamt beobachten wir eine bemerkenswerte Bereitschaft zu über das rein ökonomische Kalkül hinausgehendem Klimaschutz“, resümiert Studien-Mitautor Edenhofer. „Diese Bereitschaft dürfen wir sicherlich nicht nur bei den Studenten in unserem Experiment unterstellen, sondern auch bei vielen Verantwortlichen in Industriebetrieben. Doch bei der indirekten CO₂-Bepreisung über eine Mengensteuerung wird ein solcher freiwilliger Verzicht auf Emissionen tendenziell unterdrückt. Wenn ich mich zurückhalte, wird das Emissionsrecht eben durch jemand anderen ausgeübt, und es nützt unter dem Strich dem Klima nichts.“

Über das MCC

Das MCC erforscht nachhaltiges Wirtschaften sowie die Nutzung von Gemeinschaftsgütern wie globalen Umweltsystemen und sozialen Infrastrukturen vor dem Hintergrund des Klimawandels. Unsere sieben Arbeitsgruppen forschen zu den Themen Wirtschaftswachstum und -entwicklung, Ressourcen und Internationaler Handel, Städte und Infrastrukturen, Governance sowie wissenschaftliche Politikberatung. Das MCC ist eine gemeinsame Gründung der Stiftung Mercator und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK).

Weitere Informationen:

Ockenfels, A., Werner, P., Edenhofer, O., 2020, Pricing externalities and moral behavior, *Nature Sustainability*
<https://www.nature.com/articles/s41893-020-0554-1>

Pressekontakt:

Ulrich von Lampe
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC)
Telefon: +49 (0) 30 338 5537 201
Mobil: +49 (0) 171 1964 449
Email: lampe@mcc-berlin.net
https://twitter.com/MCC_Berlin
www.mcc-berlin.net

MCC gemeinsam gegründet von: